

Berlin, 8. November 2023

Zum jüngsten Gewaltausbruch im Nahen Osten

Juden Europas, darunter auch Vorfahren von einigen Mitgliedern des Arbeitskreises Frieden der Berliner VVN-BdA, waren dem einmalig grausamen Pogrom der Faschisten, ausgesetzt.

Je tiefer wir über den Ausspruch des Überlebenden des KZ Auschwitz-Birkenau und zweimaligen Vorsitzenden des Zentralrates der Juden in Deutschland, Heinz Galinski: „**Ich habe Auschwitz nicht überlebt, um bei neuem Unrecht zu schweigen**“ nachdenken, desto schwerer fällt es uns, zu dem unvorstellbar grausamen Pogrom an Palästinensern seit Jahrzehnten zu schweigen.

Der neuerliche Ausbruch von Gewalt im Nahen Osten hat uns zutiefst berührt und erfüllt uns mit großer Sorge um die leidtragenden Menschen in der Region auf beiden Seiten. Den terroristischen Überfall auf israelische Bürger am 7. Oktober verurteilen wir ebenso wie die Geiselnahme unschuldiger Zivilisten. Aber rechtfertigt das den furchtbaren Staatsterror Israels gegen ein ganzes Volk, den wir unmissverständlich gleichfalls missbilligen.

Zweifellos trägt Deutschland wegen der faschistischen Periode seiner Geschichte auch eine besondere Verantwortung für das Schicksal der Bürger Israels und für deren Existenzrecht als Staat. Aber dieses Existenzrecht wird nicht verteidigt durch eine unreflektierte und bedingungslose Solidarität mit den derzeitigen rechtszionistischen Machthabern. Im Gegenteil. Genau diese gefährden seit nunmehr 75 Jahren gewissenlos dieses Recht und die Existenz dieses Landes. Betrachtet man aber die Berichterstattung hierzulande seit dem 7. Oktober zu Nahost, ist man empört über den grausamen Terroranschlag der Hamas auf Israel, verurteilt das Furchtbare und bezeugt unentwegt seine Solidarität mit dem Staat Israel. Wohlgermerkt mit dem Staat Israel! Dabei wird völlig außer Acht gelassen, dass der israelisch-palästinensische Konflikt eine zutiefst leidvolle Vorgeschichte hat, die das aktuelle Vorgehen der Hamas nicht rechtfertigt, sondern erklärt, dass die Lage der Palästinenser nicht zufällig entstand (s. Anlagen I. und II.) und nicht unwidersprochen fortbestehen konnte.

Die bundesdeutsche „Chefdiplomatin“ erkannte als eine der ersten: „Hamas eskaliert die Gewalt.“ Eskalieren kann bekanntlich etwas, was bereits zuvor existierte. Sie verurteilte sodann die terroristischen Angriffe, die sofort aufhören müssten. „Israel hat unsere volle Solidarität und das völkerrechtlich verbrieft Recht, sich gegen Terror zu verteidigen.“ Jedem unvoreingenommenen Beobachter des Nah-Ost-Konfliktes drängen sich Fragen auf, die seit Jahrzehnten nicht geklärt bzw. nicht gelöst werden konnten:

1. Ist der Ampelregierung entgangen, dass der israelisch-palästinensische Konflikt, Kern des Nahost-Problems, seit Jahrzehnten ungelöst schwelt und wiederholt gefährliche Zuspitzungen erfahren musste?
2. Was veranlasst Israel und dessen Verbündeten seit Jahren, das völkerrechtlich verbrieft Existenzrecht eines Staates einzufordern, der seit Mai 1948 auch völkerrechtlich verbrieft existiert und inzwischen kaum von einem staatlichen Völkerrechtssubjekt infrage gestellt wird? – Geht man von den allgemein

anerkannten Völkerrechtsnormen aus, dass ein Wesensmerkmal eines Staates darin besteht, seine souveräne Hoheit über ein *feststehendes* Territorium auszuüben, das durch Grenzen markiert ist, dann stellt sich, angesichts der territorialen Veränderungen in der Region in den vergangenen Jahrzehnten die Frage, um das Existenzrecht in welchen Grenzen Israels wird hier begehrt?

3. Der deutsch-israelische Historiker, Michael Wolffsohn, verwies am 12. Oktober 2023 in einem Rundfunkinterview auf den Beschluss der UNO-Generalversammlung vom 29. November 1947 über die Gründung eines Israelischen Staates, ohne auch nur mit einer Silbe zu erwähnen, dass die gleiche **Resolution 181(II), Kapitel 4** die Bildung eines Palästinensischen Staates vorsah. Der damalige Beschluss lautete: – „**Laut ‚Teilungsbeschluss‘ waren für den zu bildenden jüdischen Staat 14.100 qkm (56%), den arabischen Staat 11.100 qkm (43%) und die Internationale Zone Jerusalem 1 % des Territoriums des bisherigen Mandatsgebietes vorgesehen.**“¹ – Von 1947 bis 1995 hat Israel sein Staatsgebiet auf 78% gewaltsam ausgedehnt und das von Palästina auf 22% reduziert.² Inzwischen hat die aggressive Besiedlungspolitik palästinensischer Gebiete das de facto okkupierte Territorium Israels noch mehr erweitert. Wie lassen sich solche Gewaltorgien mit dem verbrieften Völkerrecht vereinbaren? Solange das Unrecht, nämlich die Nichteinhaltung der **Resolution 181** fortbesteht, wird es keinen gerechten Frieden in Nahost geben können. Hat eigentlich eine Bundesregierung die völkerrechtswidrige territoriale Ausdehnung Israels je so vehement verurteilt wie sie das Existenzrecht Israels einfordert und für eine Zwei-Staaten-Lösung nur halbherzig eintritt?
4. Historiker Wolffsohn rief dazu auf, sich von der Zwei-Staaten-Lösung zu verabschieden, denn sie sei von Anfang an eine Totgeburt gewesen. So einfach werden das Völkerrecht und das Selbstbestimmungsrecht der Völker zur Totgeburt erklärt. Lässt sich die bundesrepublikanische Staatsräson in Bezug auf die Sicherheit Israels von solch einer zionistisch geprägten (s. Anlagen) historischen „Wissenschaft“ leiten?
5. Wie jeder Staat, hat auch Israel selbstverständlich das völkerrechtlich verbrieftete Recht, sich gegen Angriffe zu verteidigen. Aber hat nicht auch das palästinensische Volk das ebenfalls völkerrechtlich verbrieftete Recht, sich gegen den auf reaktionärem Zionismus beruhenden Staatsterror Israels, gegen die Anerkennung des Existenzrechts eines souveränen Staates Palästina, zur Wehr zu setzen? – Geht es beim Recht auf „Selbstverteidigung“, das unstrittig ist und dennoch immer wieder von Israel eingefordert wird, doch vielmehr um das „Recht,“ fremdes Territorium zu okkupieren und das dann gegen den Widerstand der Palästinenser zu verteidigen? Wie lange soll das palästinensische Volk die „Selbstverteidigungsdemagogie“ noch erdulden? – Wie lange wollen deutsche Politik und deutsche Zivilgesellschaft dieses zionistische Spiel noch mittragen?
6. Hat nicht die Eretz-Israel-Politik (Groß-Israel) zu der neuerlichen Eskalation geführt? Hat nicht das jahrzehntewährende Okkupations-Regime und die

¹ Nahostkonflikt-Gefahr für den Weltfrieden, Dokumente...
Staatsverlag der DDR, Berlin 1987, Seite 37

² Katapult Verlag in Greifswald über Google

16jährige vollständige Blockade (zu Lande, See und Luft) des Gazastreifens und die damit verbundene Unterdrückung der zwei Millionen Palästinenser das Fass zum Überlaufen gebracht? Und hat das brutale Vorgehen gegen das größte „Freiluftgefängnis“ inzwischen nicht längst die Dimension der Selbstverteidigung überschritten? erinnert es nicht viel mehr an die barbarische Politik der „verbrannten Erde“ im Zweiten Weltkrieg?

7. Ist es nicht höchste Zeit, sich um ernsthafte Verhandlungen zu bemühen, um völkerrechtlich verbindliche Festlegungen für eine gerechte, umfassende und dauerhafte Lösung des längsten Konfliktes der Nachkriegsgeschichte zu finden? – Hier die Antwort des UN-Generalsekretärs Antonio Guterres: *„Es ist an der Zeit, diesen Teufelskreis aus Blutvergießen, Hass und Polarisierung zu beenden. Israel muss sein legitimes Sicherheitsbedürfnis verwirklicht sehen und die Palästinenser müssen eine klare Perspektive für die Errichtung eines eigenen Staates erkennen.“*³

Unsere Forderungen

- Als ein Arbeitskreis der Berliner VVN-BdA, der sich angesichts der grauenvollen deutschen Geschichte des vorigen Jahrhunderts dem Frieden verpflichtet fühlt, fordern wir einen sofortigen Waffenstillstand und den Beginn von fairen, konstruktiven Friedensverhandlungen auf Augenhöhe unter Aufsicht der UNO;
- wir fordern die Freilassung aller Gefangenen und Geiseln als ersten Schritt zur Normalisierung der Lage im Nah-Ost-Konflikt;
- die Würde aller Menschen in der Konfliktregion ist unter Aufsicht der UNO dauerhaft zu gewährleisten;
- wir fordern die Einhaltung der **Resolution 181** der Generalversammlung der UNO vom 29. November 1947;
- die einseitige Unterstützung der Bundesregierung für die rechtszionistische Politik der israelischen Regierung muss im Interesse der Menschen in Israel und Palästina beendet werden;
- Rassismus jeglicher Art, ob als Antisemitismus oder Muslimfeindlichkeit muss konsequent Einhalt geboten werden;
- Das Grundrecht auf Demonstrations- und Meinungsfreiheit muss in Deutschland garantiert bleiben.

³ euronews 10.10. 2023

Anlage I.

Bereits der Blick in die Rezension über eine Studie der israelischen Erziehungswissenschaftlerin, **Nurit Peled-Elhanan** „**Palästina in israelischen Schulbüchern**“ lässt erahnen, warum der israelisch-palästinensische Konflikt seit Jahrzehnten nicht gelöst werden konnte. Dazu einige Auszüge aus ihrem Buch, wie den jungen Israelis der rassistisch begründete Hass auf die Palästinenser eingetrichtert wird:

>>Sie werden als „schmutzige Massen aufgeputschter Menschen“ mit „Terrorismus, Primitivität, Frauenunterdrückung, Überbevölkerung und Fundamentalismus“ in Verbindung gebracht. „Palästinenser sind primitiv, unterwürfig, abartig, kriminell und böse,“ Sie sind „ein Problem, das gelöst werden muss.“ Sie sind „marginale, rückständige, feindselige und störende Elemente.“ Und: „Sie sind alle ähnlich und existieren nur in Herden oder Massen wie Rinder.“ Im Zusammenhang mit der Zweiten Intifada (2000-2005) werden sie als „teuflische Mörder und Terroristen“ bezeichnet. Sie sind „eine Bedrohung, die überwunden und eliminiert werden muss.“ Sie sind „Schläger und die Israelis die Opfer.“

Landkonfiszierungen, Diskriminierung, Marginalisierung, Teilung, Vertreibung und Vernichtung der palästinensischen Araber sind, durch den Sicherheitsanspruch (der Juden) gerechtfertigt.“ Das wird „als Verwirklichung der biblischen Prophezeiung und als zionistisches Ideal von der Erlösung des Landes“ gepriesen. <<

Die Autorin der Studie bringt zum Ausdruck, dass im Rahmen zionistischer Normen und Werte „die Anwendung extremer und völlig unverhältnismäßiger Gewalt – also Vertreibungsaktionen und sogar Massaker – a priori gerechtfertigt und legitimiert“ sind: „Kriegsverbrechen können nach zionistischem Verständnis durchaus den Normen und Werten dieser Ideologie entsprechen.“

Jüdischen Israelis ist eben „alles erlaubt“, wenn es ihren Interessen nützt. Der Sicherheit der Juden wird alles untergeordnet, ihre Sicherheit rechtfertigt es sogar, „sich der ‚Anderen‘ zu entledigen.“

Israels Schulbücher dienen, so die Wissenschaftlerin, der Legitimation der Handlungen des Staates, und ihre Botschaft ist die Sprache der herrschenden Macht. **Frieden**, so Sie weiter, ist in diesen Büchern kein Thema, und wenn das Wort doch einmal erwähnt wird, dann bedeutet es Aufgabe, Verlust und eine erzwungene Lösung, nie aber ein gedeihliches Zusammenleben mit den Palästinensern.

Nurit Peled-Elhanan weist immer wieder darauf hin, dass die jungen Israelis nach der zionistischen Indoktrinierung in den Schulen mit solchem ideologischen Gift in den Köpfen zum Militär gehen und dann das Gelernte in den besetzten Gebieten oder Israels Kriegen in die Tat umsetzen.

Anlage II.

Nun einige aktuelle Zitate, die verdeutlichen, wie seit Jahren die rechte **Regierung** unter Premierminister **Netanjahu** unter Rückgriff auf diese zionistische Ideologie **bewusst das Völkerrecht missachtet** und damit von vornherein eine **Zweistaaten-Lösung verhindert**:

- „Wir werden Gaza zu einer Insel aus Ruinen machen“ Benjamin Netanjahu, Premierminister Israels, in einer Fernsehansprache am 8. Oktober;
- „Es ist ein ganzes Volk, das verantwortlich ist. Diese Rhetorik über Zivilisten, die angeblich nicht involviert wären, ist absolut unwahr... und wir werden kämpfen,

bis wir ihr Rückgrat brechen.“ Jitzchak Herzog, Präsident Israels vor internationaler Presse am 14. Oktober;

- „Es wird keinen Strom geben, keine Lebensmittel, keinen Treibstoff, alles ist geschlossen. Wir kämpfen gegen Tiermenschen, und wir handeln entsprechend,“ Yosv Gallant, Verteidigungsminister Israels, in einer Fernsehansprache am 9. Oktober;
- „Tiermenschen werden entsprechend behandelt. Ihr wolltet die Hölle und ihr kriegt die Hölle.“ Ghassen Allan, Generalmajor der israelischen Armee, Ansprache über soziale Medien am 9. Oktober;
- „Wir werfen hunderte Tonnen von Bomben auf Gaza. Der Fokus liegt auf Zerstörung, nicht auf Genauigkeit.“ Daniel Hagari, Sprecher der israelischen Armee in der Zeitung Haaretz am 10. Oktober;
- „Ich möchte der Welt sagen, was man in Israel über mich längst weiß: Gaza ist mir egal. Gaza ist mir im wahrsten Sinne egal. Sie können ins Meer schwimmen gehen.“ Maya Golan, Israels Frauenministerin, im Interview mit LTV am 13. Oktober;
- „Jericho-Rakete Weltuntergangswaffe! Das ist meine Meinung. Mächtige Raketen sollen ohne Grenzen abgefeuert, Gaza zerschlagen und dem Erdboden gleichgemacht werden. Ohne Gnade! Tally Gottiv, Knesset-Abgeordnete der Regierungspartei Likud am 9. Oktober auf X (Twitter);
- „Jetzt gibt es nur ein Ziel: Nakba (Vertreibung der Palästinenser)! Eine Nakba in Gaza, die die Nakba von '48 in den Schatten stellen wird.“ Ariel Kallner, Knesset-Abgeordneter der Regierungspartei LIKUD auf X (Twitter) am 7. Oktober.
- „Löscht ihre Familien aus, ihre Mütter und ihre Kinder. Diese Tiere dürfen nicht länger leben.“ Erza Yachin, Veteran der israelischen Armee in einer Ansprache an israelische Reservisten am 13. Oktober.

Diese Sprache und die politische Umsetzung erinnern an die dunkelste Zeit deutscher Geschichte des vorigen Jahrhunderts.

Anlage III.

Das vorläufige erschütternde **Resultat dieser Politik** innerhalb von vier Wochen:

- 9.770 getötete Menschen in Gaza, davon 4.800 Kinder und 2.550 Frauen;
- 72 MitarbeiterInnen der UNRWA getötet, in keinem anderen Konflikt in solch kurzer Zeit;
- 16 der 35 Krankenhäuser mussten ihre Arbeit infolge Bombardierungen und Treibstoffmangels einstellen; Quelle: Palästina Portale Almayadeen UNRWA
- Zahllose Verwundete und gewaltige Zerstörungen der Infrastruktur in Gaza.

Sehr zu empfehlen: „Wer Unrecht nicht anspricht, wird zum Mittäter“, ein Interview mit Sara Roy, Nahostexpertin und Wissenschaftlerin an der Harvard University. ■